

Vorführung eines  
IS-Terrorverdächtigen in  
Karlsruhe



LUI DECK / DPA

## Terrorismus

# IS-Zelle sollte zehn Mitglieder umfassen

Ausreisepäne eines Verdächtigen lösten Zugriff aus.

Die am Donnerstag ausgehobene mutmaßliche Terrorzelle des „Islamischen Staates“ (IS) in Deutschland sollte offenbar mehr Mitglieder bekommen als bislang bekannt. Nach Angaben eines IS-Verdächtigen sollten insgesamt zehn Kämpfer einen Anschlag in der Düsseldorfer Altstadt begehen. Bislang war bekannt, dass vier junge Syrer diesen Auftrag hatten. Sie sollen als Flüchtlinge über die Balkanroute nach Deutschland gekommen sein. Drei von ihnen wurden diese Woche in Deutschland verhaftet, ein Vierter hatte sich bereits im Februar in Frankreich den Behörden gestellt. Die zusätzlichen Attentäter sollten sich noch zu den vier ursprünglichen Mitgliedern der Terrorzelle auf den Weg machen, sagte der in Frankreich inhaftierte Saleh A. Ermittlern. In Düsseldorf sollten sich demnach zwei Selbstmordattentäter in die Luft sprengen, die anderen Terroristen sollten mit

Gewehren und Sprengsätzen weitere Menschen töten. Diese Aussagen hatten bei den deutschen Behörden Alarm ausgelöst. Über Monate ermittelten die Bundesanwaltschaft und die Ermittlungskommission „Anbieter“ der Polizei Düsseldorf gegen die Mitglieder der IS-Zelle. Zu den Verhaftungen am Donnerstag führte, dass einer der mutmaßlichen Terroristen nach Südeuropa reisen wollte. Aus Sorge, man verliere ihn aus den Augen oder er könne weitere Kämpfer nach Deutschland holen, erfolgte der Zugriff auf alle drei Männer, in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Der Vorgang ist der bislang konkreteste Hinweis auf einen womöglich geplanten Anschlag des IS in Deutschland. Terrorwarnungen hatte es zuletzt in der Silvesternacht in München und vor einem Fußball-Länderspiel in Hannover gegeben. Sie waren aber weniger konkret. fis, jdl

## Bundestag „Zweierlei Maß“



Der Hamburger Historiker **Jürgen Zimmerer**, 51, Vorsitzender des Weltverbandes der Genozidforschenden,

über die Armenien-Resolution des Bundestags

**SPIEGEL:** Steht es dem Bundestag zu, eine Resolution zum Völkermord an den Armeniern vor 101 Jahren zu verabschieden?

**Zimmerer:** Historiker und Genozidforscher sind sich international nahezu geschlos-

sen einig darin, dass es sich bei den Taten der damaligen türkischen Regierung um einen Völkermord handelte. Es ist nicht Aufgabe eines Parlaments, diese historische Wahrheit festzustellen. Wenn es aber darum geht, eine deutsche Mitschuld anzuerkennen, dann ist der Bundestag der richtige Ort. Denn das damalige deutsche Kaiserreich ließ die türkische Regierung gewähren. Sich dieser Verantwortung zu stellen finde ich richtig.

**SPIEGEL:** Die heutige Regierung in Ankara hat die Resolution heftig kritisiert.

**Zimmerer:** Die Türkei vertritt bis heute die Auffassung,

dass es keinen Völkermord gab. Das ist ein Ausdruck großer Geschichtsvergessenheit. Aber die deutsche Politik hätte sich, bevor sie mit erhobenem Zeigefinger auf Ankara deutet, zu ihrer Verantwortung für einen anderen Genozid bekennen müssen.

**SPIEGEL:** Welchen meinen Sie?

**Zimmerer:** Den Völkermord an den Herero und Nama in Namibia durch das deutsche Kaiserreich. Dieser Genozid fand elf Jahre vor den Massakern an den Armeniern statt. Es ist schon sehr eigenartig, dass der Bundestag bislang nicht den Mut gefunden hat, diese

deutsche Schuld klar zu benennen.

**SPIEGEL:** Macht das die Armenien-Resolution unglaublich?

**Zimmerer:** Das nicht, aber es lässt den Eindruck zu, dass der Bundestag mit zweierlei Maß misst. Das spielt den Kritikern in die Hände, zumal die Resolution einen Partner verärgert, von dem man sich in der Flüchtlingsfrage komplett abhängig gemacht hat. Glaubwürdig wird die Resolution zudem erst, wenn Taten folgen: eine symbolische oder materielle Anerkennung der armenischen Opfer zum Beispiel. Sonst bleiben es leere Worte. csc